



# Marokko versucht sich in Devolution

Zuerst sollen die Städte, dann die Regionen mehr Macht erhalten

VON ALAE EDDIN SERRAR

**I**N MAROKKO STEHT DEVOLUTION MOMENTAN IM ZENTRUM EINER nationalen Debatte, die, falls erfolgreich, die Verwaltungsprozesse um einiges näher an den Bürger bringen könnte.

Die Debatte dreht sich um eine Revision des Gesetzes über die Lokalbehörden. Da sich viele soziale und politische Akteure an der Diskussion beteiligen, einschließlich normale Bürger, gewählte Funktionäre, die Regierung, die Zivilgesellschaft und niemand anderes als König Mohammed VI höchstpersönlich, könnte es bald zu einer Änderung des Gesetzes kommen. Und weitere könnten folgen.

Als König Mohammed im Juli 1999 seinem Vater auf den Thron folgte, geschah das in einer Atmosphäre des Optimismus: der Demokratisierungsprozess konnte beginnen. Aber das Tempo der Demokratisierung und der Dezentralisierung hat nicht immer den Erwartungen in der Bevölkerung entsprochen.

Die Vorteile der Reform von 1999 und die bevorstehenden Veränderungen der Regierungsführung und Leistungserbringung für ärmere Menschen haben keine Verbesserung Marokkos sozialer Bedingungen über Nacht gebracht; solches konnte man von ihnen auch nicht erwarten. Mehr als 4,2 Millionen der 34 Millionen starken Landesbevölkerungen müssen mit weniger als 1 USD pro Tag auskommen. Auch können 38 Prozent der Bevölkerung weder lesen noch schreiben, 1,7 Millionen leben in Slums, und 11 Prozent der Jugendlichen im arbeitsfähigen Alter sind arbeitslos.

## Terrorattacken

Vor ein bisschen weniger als fünf Jahren haben radikale islamistische Gruppen vor diesem alarmierenden sozialen Hintergrund erfolgreich eine Rekrutierungskampagne bei jungen, unterprivilegierten Menschen durchgeführt. Im Mai 2003 kam es in Casablanca zu den tödlichsten Terrorattacken der gesamten marokkanischen Geschichte. Insgesamt 12 Selbstmordattentäter rissen 33 Zivilisten mit sich in den Tod; etwa 100 wurden verletzt. Im März und April 2007 jagten sich sieben weitere Selbstmordattentäter in die Luft, wieder in Casablanca. In allen Fällen stammten die Attentäter aus den Slums von Sidi Moumen in Casablanças Vorstadt.

**Alae Eddin Serrar** ist Programm-Manager beim USAID/SUNY Parliament Support Project in Marokko. Er hat an der Al Akhawayn University in Ifran mit einem Master of Art in International Studies and Diplomacy abgeschlossen.

www.forumfed.org



König Mohammed IV von Marokko bei einem Gipfeltreffen der Arabischen Liga in Tunesien. Die königliche Teilnahme ist in Marokko oft ausschlaggebend für den Erfolg eines Projektes.

## Das Übel bei der Wurzel packen

Der König schaltete sich ein. In Marokko ist die königliche Unterstützung oft entscheidend für den Erfolg eines Reformprojektes. Formell gesehen, das heißt gemäß der Verfassung Marokkos, ernannt der König den Premierminister und dessen Kabinett nach einer demokratischen Wahl, und er kann ein Kabinettsmitglied jederzeit entlassen. Informell gesehen führt erst der Einbezug des Königs ein politisches Projekt auf die Straße des Erfolges.

Nach den ersten Angriffen lancierte der König die National Initiative for Human Development, um soziale Probleme an die Spitze der Landesprioritäten zu setzen. Ziel der Initiative war es, den Bürgern vermehrt Partizipation an lokalen Entscheidungsfindungsprozessen zu ermöglichen.

In einer Rede vom Juli 2006 sagte der König, dass ein strategisches Interesse bestünde an einer „Evaluation von Marokkos Erfahrung im Bereich der lokalen Demokratie, um die Möglichkeit einer Erweiterung des demokratischen Spielraums zu erörtern und gleichzeitig den Dynamiken von Dezentralisierung und Regionalisierung neue Impulse zu geben, so dass eine dezentralisierte Verwaltung der öffentlichen Dienstleistungen zu einer Grundregel wird“.

Einfacher gesagt sprach sich der König für Demokratie und Dezentralisierung in seinem Land aus.

Angesichts dieser Rede und im Lichte der 2009 anstehenden Lokalwahlen veranlasste das Innenministerium eine nationale Debatte über die Reform des die Kommunalbehörden regulierenden Gesetzes, bekannt als die Gemeinde-Charta (Communal Charter).

Das war ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer Lokalverwaltung, die besser in der Lage ist, Dienstleistungen auf eine transparente und einbindende Art zu erbringen. Seit damals sind mehr als 20 Rechtsexperten in alle 16 Landesregionen ausgeschwärmt, um bei Workshops mit politischen Führern und Mitgliedern der Gemeinden, Vertretern der Zivilgesellschaft und Bürgern zu diskutieren.

Die Diskussionen und die Gesamtdebatte fokussieren auf einen Aspekt: Reform der Gemeinde-Charta. Bei den Konsultationen geht es um eine klar definierte Umschreibung der lokalen Kompetenzen,

Aufgaben oder Beziehungen innerhalb der auf lokaler Ebene gewählten Räte in so wichtigen Städten wie Casablanca, Rabat, Marrakesch und Tanger. In diesen vier Städten gibt es einen einzigen Gemeinderat – präsidiert durch einen gewählten Bürgermeister mit ausschließlicher fiskalischer Entscheidungsbefugnis –, der sich oberhalb mehrerer „lokaler Gemeinden“ befindet.

In Marokko kann eine lokale Gemeinde (commune im marokkanischen Französisch) entweder eine unabhängige Gemeinde auf dem Lande oder ein Gemeindedistrikt innerhalb einer Großstadt sein. Die sich daraus ergebende Doppeldeutigkeit zwischen Stadt und Gemeinden stellt bis heute ein großes Hindernis für effiziente und demokratische Dezentralisierung dar.

### Lokale Selbstverwaltung schützen

Marokkos städtische und ländliche Lokalverwaltungen richten sich hauptsächlich nach Artikel 69 der Gemeinde-Charta, der eine lange



Ein Opfer der Selbstattentäter vom Mai 2003 wird in einen wartenden Leichenwagen getragen. Bei dem Anschlag kamen 33 Menschen ums Leben, und es gab zahlreiche Verletzte.

den Schutz lokaler Autonomie und das Sicherstellen eines ausreichenden Angebots von benötigten finanziellen und personellen Ressourcen an die Lokalbehörden.

### Klarere Kompetenzen

Subnationale Behörden sind in Marokko auf drei Ebenen anzusiedeln:

- die Gemeinde, geleitet von einem auf sechs Jahre gewählten Bürgermeister,
- die Provinz, geleitet von einem ernannten Gouverneur und
- die Region, geleitet von einem vom König bestimmten Regionalgouverneur.

Während die Regionen erhebliche Kompetenzen in den Bereichen Soziales und wirtschaftliche Entwicklung besitzen, sind den Gemeinden im Rahmen der Gemeinde-Charta von 2002 ähnliche Befugnisse der sozioökonomischen Entwicklung zugestanden worden. Aber in dem Gesetz finden sich keine Ausführungen dazu, wie denn diese sich überschneidenden Kompetenzen aufzuteilen sind.

Die Gemeinde-Charta enthält auch keine Spezifizierung der

Liste mit Entscheidungen des Gemeinderates beinhaltet, die eine vorübergehende Zustimmung der Finanz- und Innenministerien (für die Stadtgemeinden) oder des Regionalgouverneurs und Gouverneurs (für die Landgemeinden) voraussetzen. Diese vorgeschriebene Zustimmung vor dem eigentlichen Entscheid betrifft fast alle Ausgabenposten; sie geht sogar bis zur Benennung von Straßen. Das Gesetz reguliert die Prozedur für das Einholen dieser Zustimmung und definiert die Sanktion im Falle einer Nichtbefolgung von Seiten der lokalen Gemeinden.

Im Jahr 2006 wies der Gouverneur der Stadt Meknes ein Programm des gewählten Gemeinderates zurück, das dieser als Abbild der Prioritäten im Sinne der Bürger entworfen hatte, entsprechend der im Wahlkampf abgegebenen Versprechen. Der Gouverneur griff dagegen lieber auf einen national festgelegten Plan zurück, der von den zentralen Behörden zur Umsetzung lokaler Entwicklungsprojekte angefertigt worden war.

Prof. El Manar Esslimi von der Universität Mohammed V in Rabat ist einer der mit der Novellierung der Gemeinde-Charta beauftragten Experten. Die kommenden Reformen würden bei den

## MAROKKO

### [FORTSETZUNG VON SEITE 18]

Zentralbehörden „zu weniger Bedenken bezüglich rechtlicher Einhaltung formeller Regeln auf lokaler Ebene“ führen, so Esslimi, und das Einnehmen „einer strategischeren Rolle bei Monitoring und Evaluation der lokalen Leistungserbringung“ bewirken. Zusätzlich dazu seien auch Maßnahmen vorgesehen, die die Bürger zu größerer Partizipation anregen würden, da diese das beste Mittel der Rechenschaftsablegung und Aufsichtsfunktion sei.

Saad Guerrouani, das jüngste Mitglied des Gemeinderates von Martil, einer Stadt im nördlichen Marokko, sagte in einem Interview, dass „die neuen Reformen notwendigerweise das Vertrauen reflektieren sollen, welches die Bürger zum Ausdruck gebracht haben als sie uns wählten“.

„Zu strenge Kontrollen“, so Guerrouani weiter, „hindern uns daran, Investitionen rechtzeitig und effizient zu planen und auszuführen. Uns sind die Hände gebunden ... sie sollten freigegeben werden, so dass wir unseren Gemeinschaften besser dienen können.“

Die Befähigung lokaler Behörden zu besserer Erbringung von Dienstleistungen führt zu einer wichtigen Frage: Entsprechen die finanziellen und personellen Ressourcen dieser Herausforderung? Marokkos rasche Urbanisierung ist begleitet von einem wachsenden Bedürfnis nach gezielten Investitionen in den Bereichen Infrastruktur, Hygiene, Wasser und Elektrizität, Transport und Stadtentwicklung.

„Die benötigten Investitionen setzen nicht nur ein Mehr an eigenem (selbstgeneriertem) Einkommen voraus, sondern auch die Fähigkeit zur Kreditaufnahme und Attraktivität bei privaten Investoren“, meint Mustafa El Haya, ein Mitglied der Mehrheit in Casablancas Stadtrat, am 15. März in einem Interview mit Casablancas Zeitung Al Masae. „Es braucht auch bessere personelle Ressourcen auf der Gemeindeebene“, sagt Said Essaadi, ein Mitglied der Opposition im Stadtrat, gleichentags in einem Interview mit Al Masae.

### Ausblicke regionaler Autonomie

Die Ansätze zur Novellierung des Stadtgesetzes sowie die Idee einer Bereitstellung finanzieller und personeller Ressourcen an

die Großstädte und Städte sind vielversprechend. Der nächste Bereich, in dem wahrscheinlich eine Rechtsreform stattfinden wird, ist jener der regionalen Behörden – eine Reform, die mit einer solch umstrittenen Gegend wie der West-Sahara beginnen könnte.

Wie auch immer ist jeder Versuch, Dezentralisierung oder regionale Selbstverwaltung in Marokko durch Abändern der Gesetze voranzutreiben, zum Scheitern verurteilt, wenn nicht gleichzeitig entsprechende Begleitmaßnahmen umgesetzt werden. Die restliche Gesetzgebung, wie etwa das Gesetz über politische Parteien oder das Wahlgesetz, müssten ebenso angepasst werden im Hinblick auf demokratischere Abläufe innerhalb der Parteien und weniger korrupte Machenschaften in Zeiten der Wahlen. Solch eine Reform sollte nicht nur das Kaufen von Stimmen und Korruption bei Wahlen unterbinden, sondern auch zu verbesserten demokratischen und transparenten Strukturen der Parteien beitragen, um vermehrt qualifizierte Kandidaten zum Wettrennen um Gemeindegewinne zu ermutigen. 